This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Thu Nov 5 0:15:42 2026 / +0000 GMT

Jobcenter außer Rand und Band

Die Steuerzahler zahlen drauf.

Die Fälle unglaublicher Entscheidungen durch das Jobcenter Spandau häufen sich in einem unerträglichen Maße. Zu uns in die Sprechstunde kommen zwei Mieter, beide wohnen bei der Wohnungsbaugesellschaft GSW. Dort haben sie eine gemeinsame Wohnung beantragt. Diese Wohnung liegt nicht weit entfernt, so dass sich die Umzüge einfach gestalten lassen. Die freundliche Wohnungsbaugesellschaft GSW hat beiden Mietern ein unverbindliches Wohnungsangebot unterbreitet und mit dem sind die beiden Verbraucher zum Jobcenter Spandau gegangen, natürlich hatten sie sich vorher die Wohnung angesehen und für gut befunden. Unseren entsprechend, wurde nicht wohlwollend geprüft, sondern einfach abgelehnt. Diese skandalöse Entscheidung beruht auffolgenden Tatsachen:

—

Die Mieterin D. wohnt im Hümmlingweg und zahlt dort eine Miete in Höhe von 351,--?. Der Mieter B. wohnt in der Westerwaldstraße und zahlt dort 360,--? Miete. Somit ist die Belastung für die Steuerzahler in einer Gesamthöhe auszuweisen von 711,--? monatlich. Die neue Wohnung, die man gemeinsam beziehen will, auf Grund eines Heiratsversprechens, würde dem Steuerzahler nur 444,--? kosten. Dies bedeute somit, eine Ersparnis für die Staatskasse in Höhe von 267,--?.

Da sich in den vergangenen zwei Jahren diese Fälle dramatisch in hoher Zahl entwickelt haben, obwohl in anderen Jobcentern, wie wir belegen können, andere Verfahrensweisen möglich sind, fordern wir, die Spandauer Bürger, die von diesen unsozialen Maßnahmen betroffen sind, sich unbedingt bei uns zu melden. Hierzu benötigen wir auch die Unterstützung der Medien und den dort tätigen Journalisten.

Unsere Hoffnung auf eine Verbesserung im Jobcenter Spandau durch das Ausscheiden von dem Sozialstadtrat M. hat sich nicht bewahrheitet. Es geht weiter so mit schlimmen, nicht nachvollziehbaren Entscheidungen. Mögen die politischen Entscheidungsträger in unserem Bezirk jetzt endlich handeln, damit auch bei uns, hier in Spandau, Gerechtigkeit einzieht.